

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

16.12.1932 (No. 295)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatshaus:
Chefredakteur
C. K. u. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühren: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Waldbrand, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Programmrede des Reichskanzlers

Der Hauptpunkt: Arbeitsbeschaffung

Reichskanzler von Schleicher hat am Donnerstagsabend im Rundfunk über alle deutschen Sender wie angekündigt sein Programm entwickelt. Die Rede wurde auch auf ausländische Sender übertragen und, wie aus New York gemeldet wird, in Amerika ausgezeichnet verstanden. Die einflussreichen Ausführungen des Reichskanzlers hatten folgende Gedankengänge:

Zunächst verwahrte sich Reichskanzler v. Schleicher gegen die Angriffe des Generals Litzmann gegen den Reichspräsidenten und sprach warme, freundschaftliche Worte über seinen Freund und Vorgänger v. Papen. Er lehnte den Gedanken ab, daß die von ihm nach schweren Bedenken übernommene Kanzlerschaft „nach Militärdiktatur rieche“ und hat, ihn als überparteilichen Sachwalter aller Bevölkerungsschichten für eine „hoffentlich nur kurze Notzeit“ zu betrachten. Er richtete eine Mahnung an den Reichstag, ihn gewähren zu lassen, wenn er sein Programm durchführe, das einzig auf Arbeitsbeschaffung gerichtet sei.

Mit warmen Worten für den Mut und die Fähigkeit des deutschen Volkes verband der Kanzler objektive Darlegungen über die Notwendigkeit, die Arbeitsbeschaffung von bürokratischen Hemmungen frei zu halten, Ausnahmeverordnungen zu vermeiden und die Finanzierung unter Ausschluß der Inflation zu betreiben. Keine neuen Steuern im laufenden Staatjahr, keine neuen Kürzungen der Personalausgaben, Hilfe für Länder und Gemeinden, verstärkte Siedlung, für die 50 Millionen im Jahre 1933 bereitgestellt sind und weitere 50 Millionen mit Hilfe der Reichsbank vorfinanzieren werden, Bereitstellung von Siedlungsland, vorwiegend im Osten, im Umfang von 1,8 Millionen Morgen, verstärkte Kolonisation im Osten sind auf diesem Gebiete seine Hauptziele.

Durch Erzwängen einer Einigung zwischen Wirtschafts- und Ernährungsminister sei eine Regelung vorbereitet, die einerseits die Erhaltung und Stärkung der deutschen Landwirtschaftlichen Produktionskraft, andererseits unsere Auslandsmärkte sicherstellt. Dabei betont sich der Kanzler im wesentlichen zum Wirtschaftsprogramm seines Vorgängers, will aber den Schutz der Landwirtschaft nach Wegfall handelspolitischer Schwierigkeiten auf dem Wege der Zollautonomie verweisen.

Er fordert freudige Mitarbeit in dem sozialen Sinne, den die Kameradschaft der Armees der allgemeinen Wehrpflicht verkörpert. Opfer müßten gleichmäßig auferlegt und getragen werden. Die Aufhebung eines Teiles der Verordnung auf sozialrechtlichem Gebiet sieht v. Schleicher als Entpannungsmoment an, verweist eine weitere allgemeine Senkung des Arbeitsentlohens und betont sich zur Sozialversicherung. Eine besondere Winterhilfe wird angekündigt. Reichstagsanforderungen ohne Deckungsmöglichkeit seien aber bedenklich, weil zur Enttäuung führend. Die politischen Ausnahmeverordnungen sollen aufgehoben werden, aber mit dem Vorbehalt einer scharfen Erneuerung bei Mißbrauch dieses Vertrauensbeweises. Auch vor drakonischen Ausnahmeverordnungen gegen die kommunistische Partei werde niemals nicht zurückgekehrt.

Die Aufhebung des Reichskommissars für Preußen komme nach Beseitigung einer Gefahrenlage oder bei ausreichenden Garantien für übereinstimmende politische Führung Reich-Preußen in Betracht.

Ohne Überheblichkeit der Jugend zu fördern, müsse dem Wehrminister ihre körperliche und geistige Erziehung besonders am Herzen liegen. Deshalb sei allgemeine Wehrpflicht im Rahmen einer Miliz wünschenswert, der freiwillige Arbeitsdienst, die Ersatzkräfte, der Geländedienst, das freiwillige Wehrjahr der Abiturienten seien Mittel dazu. Der Reichskanzler lehnt ein überhöhtes Berechtigungsweien ab und erkennt gewisse Vorzüge der bündischen Jugendbewegungen an.

Bei Behandlung der Frage der körperlichen und geistigen Erziehung der Jugend sprach der Reichskanzler auch über den Gedanken einer allgemeinen Wehrpflicht und erklärte mit Bezug darauf, es gebe in der Tat keine bessere Schule für die Jugend, um Selbstdisziplin, äußere und innere Beschcheidenheit und Kameradschaft zu lernen. Das sei auch der Hauptgrund, warum er, der Kanzler sich wieder und wieder für die allgemeine Wehrpflicht im Rahmen einer Miliz einsetze. Solange aber das Diktat von Versailles Deutschland diese wirkliche Lösung unmöglich machte, müßten andere Mittel gefunden werden, und der Kanzler nannte hierbei die Schaffung des Kuratoriums für Jugendberückung, die Organisation des freiwilligen Arbeitsdienstes und die staatliche Unterstützung von Sportvereinen aller Art.

Außenpolitisch erkennt er dankbar die Leistungen des Reichsaußenministers und seines Vorgängers Brüning in der erfolgreichen Vertretung des deutschen Standpunktes an. Das Schicksal der Abrüstungsfrage sei auch für das Schicksal des Völkerbundes von maßgebender Bedeutung. Denn hier sei die neue Grundlage für seine Betätigung, die im Vorjahre Steppis und Kritik hervorgerufen habe. Deutschland wolle frei, gleichberechtigt und geachtet seinen Platz im Kreise der Völker, nicht mit gewagten politischen Experimenten, nicht mit Abenteuer, sondern in aufrichtiger Zusammenarbeit mit allen Völkern. Es sei bereit, sich auf „Messers und Pappschid“ zu beschränken, wenn die Nachbarn gleiches tun.

In warmen Worten gedenkt der Kanzler schließlich der Wehrmacht und des Beamtenstandes, fordert Zusammenschluß aller Gutwilligen, da gerade ein Präsidialkabinett Rückhalt im Volke haben müsse, und schließt mit dem Motte-Spruch: „Erfst wagen, dann wagen!“

Der Kanzler über seine soziale Einstellung

Der Reichskanzler hat an Hand seines Regierungs- und Arbeitsprogramms, das er im Rundfunk darlegte, einem Mitglied der Redaktion des „Deutschen“ gegenüber grundsätzliche Ausführungen über seine soziale Einstellung und über die dringenden Aufgaben, die sich aus der Massennot dieser Zeit ergeben, gemacht.

Der Kanzler wiederholte eingangs, was er bei der Übernahme der Regierungsbildung schon erklärt hatte, daß alles Gerede von einer Militärdiktatur blanter Unsinn sei.

Angeichts der Arbeitslosigkeit und Not bestrehe sein Programm nur aus einem einzigen Punkt: „Arbeit schaffen!“ Alle Maßnahmen der Regierung dienten in der Hauptsache diesem einen Ziel. Neben der Arbeitsbeschaffung müsse unbedingt auf die Siedlung betrieben werden.

Aber alle Maßnahmen, wie Arbeitsbeschaffung, Siedlung, Anforberung der Wirtschaft, müßten erfolgreich verlaufen, wenn das Vertrauen auf stabile Verhältnisse und der Glaube an eine bessere Zukunft fehlten. Dieses Vertrauen und dieser Glaube müßten geschaffen werden durch eine freudige Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten und durch eine weitgehende Ausschaltung von Meinungen und absichtlichen Störungen. „Freudige“ Mitarbeit zu verlangen in dieser schweren Krisenzeit sei aber nur möglich — so betonte der Reichskanzler —, wenn bei allen notwendigen Anordnungen der soziale Gesichtspunkt berücksichtigt werde.

Der Reichskanzler versicherte, er betrachte es im Sinne der Neudecker Politik des Reichspräsidenten als eine seiner Hauptaufgaben, den sozialen Gesichtspunkt bei allen Regierungsmassnahmen zur Geltung zu bringen, und er wies darauf hin, daß auf dem Gebiete des Sozialrechts eine gewisse Entspannung eingetreten sei, daß der Reichstag die Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung aus dem zweiten Teil der Notverordnung vom 4. September beschlossen habe.

Der Reichskanzler wies dann darauf hin, daß angesichts der Not von Millionen in diesem Winter die Reichsregierung entschlossen sei, eine weitgehende Winterhilfe durchzuführen. Die Regierung werde den Kreis der Empfänger auch auf die alleinstehenden Unterstützungsberechtigten, auch auf die Kleinstrentner, ausdehnen, und die Regierung hoffe, daß sie über den Rahmen dieser Hilfsmassnahmen noch hinausgehen könne.

Im Verlaufe der Unterredung erklärte der Reichskanzler weiter, die Regierung werde ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß die Vermischung von Staats- und Privatwirtschaft beseitigt werde. In Zukunft dürften für Betriebe, die in irgendeiner Form mit Staatsgeldern arbeiteten, nur die Grundzüge für Staatsbetriebe Geltung haben.

Jede andere Regelung bedeute eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung einzelner auf Kosten der Allgemeinheit.

Nach der Programmrede

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers hat — wie dazu aus Berlin gemeldet wird — in politischen Kreisen einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht. Allerdings dürften die Kreise enttäuscht sein, die von dem General eine grundlegende Schwendung auf dem bisherigen Regierungskurs erwartet haben. Die Rede zeigt, daß sich in der sachlichen Zielsetzung nichts geändert hat. Das Besondere ist aber der Unterschied, der in der psychologischen Behandlung der Probleme zutage tritt. Der Reichskanzler hat mit der Festlegung geschlossen, daß Wille und Mut allein nicht genüge, „um sie zu meistern, sondern daß auch Verständnis für das Volk erforderlich ist. Er selbst hat diese Auffassung dadurch bestätigt, daß er nicht über theoretische Prinzipien und zunftfesterne Zielsetzungen sprach, sondern den dem Soldaten eigenen handfesten Wirklichkeitsinn bewies, der sich bewußt auf die nächsten Gegenwartsaufgaben einstellte. So liegt denn auch der Rede des Kanzlers der Gedanke zugrunde, daß es gleichgültig ist, wer zu der Lösung beiträgt. Er steht vielmehr die Hauptsache darin, daß die Aufgabe überhaupt erfüllt wird.

In einem Punkte kommt die Unzweideutigkeit, mit der General von Schleicher gesprochen hat, ganz besonders zum Ausdruck, wenn er den Charakter des Präsidialkabinetts unterstreicht und keinen Zweifel darüber läßt, daß seine Regierung gegen gewerkschaftliche Unruhestifter und ähnliche Klünge mit aller Schärfe vorgehen werde.

Unter den außenpolitischen Fragen, die der Kanzler vorrühete, sind zwei Dinge von besonderem Interesse. Das ist einmal die Würdigung des Erfolges, den Reichsaussenminister v. Neurath in Genf errungen hat. General von Schleicher betonte, daß er schon immer den Gedanken einer allgemeinen Wehrpflicht im Rahmen der Miliz vertreten habe, auch in den Zeiten, in denen das Diktat von Versailles uns diese Lösung unmöglich machte. Mit dieser Äußerung hat der Kanzler den Teil V des Versailles-Vertrages in die überholte Vergangenheit verwiesen. So sentimentell dieser Passus der Schleicher-Rede im ersten Augenblick auch wirken mag, er bringt aber doch nur zum Ausdruck, was auch in dem französischen Plan steht.

Im ganzen genommen bringt man in unerschütterter Kreise das in der Rede vorgetragene Programm auf die Formel, daß es die Bestrebungen unterstützt, das deutsche Volk durch sich selbst regieren zu lassen, aber zugleich auch alle Maßnahmen bereitstellt, um einer Schwächung der Staatsautorität zu begegnen.

Wirtschaftliche Umschau

Die Finanzkrise der Großgemeinden — Produktionsindustrie und Arbeiter

Die Krise der Gemeindefinanzen wird insbesondere durch die Lage deutscher Großstädte illustriert und ist hier zweifellos nicht allein auf die Belastung der Städte mit Wohlfahrtslasten, d. h. die übermäßige Beanspruchung durch die Erwerbslosenfürsorge, sondern auch auf eine falsche Finanzwirtschaft dieser Städte zurückzuführen. Die Städte haben diesen Fehler freilich nicht allein gemacht. Auch in der Privatwirtschaft wurden für Bauten und Investitionen kurzfristige Gelder aufgenommen und damit langfristige Anlagen finanziert. Als dann die Folgen der Wirtschaftskrise sich zeigten, gerieten die Schuldner in Schwierigkeiten, sie konnten ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten nicht abdecken. Diese Städte haben häufig nicht nur ihre Werke, die ja wenigstens laufend Überschüsse bringen, sondern auch Schulen, Markthallen, Brücken, Ausstellungen u. a. mit Schatzwechseln finanziert. Am Fälligkeitstermin standen sie aber vor der Unmöglichkeit, aus den laufenden Einnahmen diese Schatzwechsel zurückzahlen.

Insbesondere die beiden Großstädte Frankfurt a. M. und Köln sehen nun die Folgen einer solchen Finanzpolitik, und Anfang November mußten diese beiden Städte Erklärungen abgeben, daß sie nicht in der Lage seien, die fälligen kurzfristigen Kredite zurückzahlen und irgendwelche Zahlungen zu leisten, nicht einmal Abschlagsquoten. (Frankfurt will allerdings nun ein Gut haben, das es bei der Stadt Breslau hat, für eine Teilanschlüttung flüssig machen.) Daß hier eine Schuld der Stadt, Finanzpolitik vorliegt, ergibt sich aus der Tatsache, daß z. B. in Frankfurt a. M. von einer Gesamtverschuldung von rund 300 Millionen Reichsmark 160 Millionen, also mehr als die Hälfte, als kurzfristige und nicht konsolidierte Kredite anzusehen sind. In Köln beträgt die Summe der kurzfristigen Verbindlichkeiten einschließlich der Schatzanweisungen sogar 190 Millionen Reichsmark, und daraus wurden zum großen Teil langfristige Investitionen finanziert. Daß andere deutsche Großgemeinden hierin vorsichtiger waren, ergibt sich z. B. aus dem Beispiel der Stadt München, die erheblich größer als Frankfurt ist und bei einer Gesamtverschuldung von 226,5 Millionen Reichsmark nur 28,4 Millionen Reichsmark an kurzfristigen Darlehen und Bankkrediten in ihrem letzten Vermögensausweis mittelt (deshalb bisher auch pünktlich ihren Verbindlichkeiten nachkommen konnte). Selbst Berlin, das gewiß große finanzielle Sorgen hat, ist bisher seinen Verpflichtungen prompt nachgekommen, während Frankfurt und Köln mit ihren kurzfristigen Gläubigern mehr oder weniger freiwillige Stillhalteabkommen abschließen mußten. Freilich steht auch Berlin im nächsten Jahr vor großen Zahlungsschwierigkeiten, denn am 1. April und am 1. Oktober werden zusammen 112 Mill. Reichsmark fällig. Die Berliner Stadtanleihen haben trotzdem in letzter Zeit eine Wertsteigerung erfahren, weil sich die Reichshauptstadt — ähnlich wie andere große Städte — bereit erklärte, eigene Anleihen für gewisse Verpflichtungen, insbesondere für Zuschuhsypotheken und Arbeitgeberdarlehen, in Zahlung zu nehmen, und zwar mindestens zu pari. Da diese Papiere wesentlich niedriger notieren, machen die Käufer, die sie zu solchen Zwecken verwenden, natürlich entweder auf Kosten der Gläubiger, d. h. der ursprünglichen Geldgeber oder auf Kosten der letzten Besitzer der Papiere ein Geschäft, während die Stadt auf diese Weise den Betrag der umlaufenden Schuldtitel verringert.

Aus den Mitteilungen der finanznotleidenden Städte wären auch die von ihnen angebotenen Vermögensgummien interessant, wenn es sich nicht um zum Teil wohl überholte Wertichätzungen handeln würde, bei denen auch nicht die gegenwärtigen Abschreibungsbedürfnisse berücksichtigt sind. Dabei handelt es sich auch zum großen Teil um unrentable und unbewegliche Objekte. Frankfurt a. M. gab ein Reimvermögen von 461 Millionen Reichsmark an, denen 303 Millionen Reichsmark Schulden, davon wie gesagt 160 Millionen kurzfristige Schulden, gegenüberstehen. Das Reimvermögen Kölns beträgt nach einer städtischen Schätzung 562 Millionen Reichsmark, das Münchens 700 Millionen Reichsmark, denen 226,5 Millionen Reichsmark Gesamtschulden, jedoch größtenteils lang- und längerfristiger Art, gegen-

übersehen. In Köln hat der Oberbürgermeister seine Finanzpolitik damit verteidigt, daß die Einnahmen aus den städtischen Werken auch heute noch mehr aufbrächten, als der gesamte Schuldendienst betrage. Demgegenüber muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß das nur bei einer Überbelastung der Allgemeinheit mit übersteigerten Werttarifen möglich ist, die deshalb auch heute noch fast überall erheblich über dem sonstigen Preisniveau verharren konnten, weil eben Monopolrechte ausgenutzt werden.

Die Städte können zweifellos vor allem verlangen, daß ein Ausgleich der Frage der Wohlfahrtslasten mit dem Reich erfolgt, wozu auch schon ein sehr bedeutender Anfang gemacht ist. Aber auch dann wird die allzu schwere Last der durch eine ungeeignete Finanzpolitik entstandenen Schulden und Zinsen, vor allem der kurzfristigen Schulden weiter bestehen bleiben. Dem Versuch, hier eine Zinsentlastung wie die zugunsten der Landwirtschaft aus Reichsmitteln und auf Reichskosten vorzunehmen, steht nicht nur die verschiedenartige Lage der Städte entgegen — die schlechter wirtschaftenden könnten zumungunsten der besser wirtschaftenden Vorteile erhalten — sondern auch die allgemein schwierige Finanzlage, einer Schuldenabwertung aber — wie sie gleichfalls schon verlangt wurde — das Prinzip, Zwangsgriffe in private Verträge schon im Hinblick auf die notwendige Pflege des Kapitalmarkts zu vermeiden. Man strebt vor allem eine Umschulung, d. h. eine Umwandlung der kurzfristigen Verbindlichkeiten in solche langfristiger Art an. Vorschläge, die von Städte-seite ausgehen, verlangen dazu die Sicherstellung eines wesentlichen Teils des Zinsdienstes durch Reichsgarantie. Was davon möglich und durchführbar ist, steht noch dahin, da ja auch die Finanzlage des Reichs sehr schwierig ist. Eine Sanierung der gesamten öffentlichen Finanzen — von Reich, Ländern und Gemeinden — bildet aber die Grundlage des Staates. Weil, wie von Städte-seite mit Recht betont wurde, letzten Endes die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden, eine Einheit darstellen, müssen auch die Gemeinden Hilfe erhalten, soweit das irgendwie möglich und vertretbar ist.

Gerade die süddeutsche Wirtschaft, in der die Fertigungsindustrie bei weitem überwiegt, hat nicht nur ein Interesse an der Handelspolitik, wenn sie allzusehr zugunsten der Großindustrie und der Großlandwirtschaft gestaltet würde, sondern auch an der Kartellpolitik der Großkonzerne der Produktionsindustrie. Während infolge der Lage auf dem Weltmarkt, die deutsche Schwerindustrie nun besonders auf die inländischen Verarbeiter angewiesen ist, und deshalb bei den neuen im Gang befindlichen Verhandlungen zwischen Eisenerzeugern und -verarbeitern wohl auch ein einigermaßen befriedigendes Ergebnis für die Fertigungsindustrie zu erwarten ist, steht die Kunstseideherzeugung jetzt in einer verstärkten Position vor den Betreibern. Vor kurzem ist ein Zusammenschluß sämtlicher wichtiger Kunstseidefabriken auf dem Kontinent für den deutschen Markt zustande gekommen. Das Deutsche Kunstseideyndikat, das bisher schon die wichtigsten Produzenten in Deutschland, Italien, der Schweiz und Holland umfaßt, ist nun noch durch die französischen und belgischen Erzeuger verstärkt worden, nachdem in Frankreich wie in Belgien durch Zusammenschlüsse verhandlungsfähige Partner entstanden waren.

Das Deutsche Kunstseideyndikat hat den ausschließlichen Verkauf sämtlicher Viscosegarne und ist natürlich bemüht, die Preise zugunsten der Erzeuger zu gestalten. Es wird zwar mitgeteilt, daß eine Änderung der gegenwärtig auf dem deutschen Markt in Kraft befindlichen Preise angeht, daß der allgemeine Wirtschaftsverhältnisse in absehbarer Zeit nicht erfolgen werde, aber es wird gleichzeitig, da die Erlöse überwiegend unbefriedigend seien, bei einer Besserung der Wirtschaftslage eine Erhöhung der Garnpreise in Aussicht gestellt. Auf dem deutschen Markt beginnt langsam die japanische Kunstseide zu konkurrieren, was wohl auch zu dem neuen Abkommen unter Erweiterung des deutschen Kunstseideyndikats geführt hat, zumal ja auch noch weiter in Deutschland kleinere Außenländer von Italien, Holland und Frankreich her auftreten. Übrigens sind die deutschen und belgischen Erzeuger auch bereits über eine Regelung für den belgischen Markt einig geworden. Ferner wurden Vereinbarungen zwischen der Schweiz und Belgien getroffen, durch welche die gegenseitige Ausfuhr geregelt wird, und außerdem sind Verhandlungen zwischen Italien und Frankreich im Gange, ein Zeichen, daß die Kunstseideproduktion eine weitere Verständigung bis zum Ausbau zu einem allgemeinen internationalen Abkommen anstrebt.

5000 Zentner Zucker für die Winterhilfe. In diesen Tagen wurde die große Zuckerspende, die der Deutschen Liga der freien Wohlfahrtspflege vom Verein der deutschen Zuckerindustrie für die Winterhilfe übergeben wurde, den Landes- und Provinzialarbeitsgemeinschaften der Winterhilfe zur weiteren Verteilung zugewiesen. Die Spende umfaßt über 5000 Zentner im Werte von über 150 000 RM. Der Zucker ist vornehmlich zur Verwendung in Volkskaffeehäusern der Winterhilfe bestimmt.

Die Bankensanierung. Gestern fand bei der Reichsbank in Berlin eine Sitzung derjenigen Stellen statt, die seit längerer Zeit über die Errichtung der Iff (Industriefinanzierungsinstitut) und Amortisationskasse zwecks Entlastung der Bankbilanzen verhandeln. In dieser Sitzung wurde auch über die Richtlinien, die jetzt ausgearbeitet sind, gesprochen. Ob es bereits zur Beschlußfassung kam, so daß dann die Gründung der Iff und der Amortisationskasse unmittelbar durchgeführt werden kann, steht noch dahin.

Letzte Nachrichten

Reichsregierung und Ausschussberatungen

Haushaltsausschuss am 10. Januar

RD. Berlin, 16. Dez. (Tel.) Der Reichsfinanzminister hat dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Reichstages, Abg. Zörgler (Komm.) mitgeteilt, daß er ebenso wenig wie der Reichsarbeits- und der Reichswirtschaftsminister in der Lage sei, schon am 19. Dezember Auskunft über das Arbeitsbeschaffungsprogramm zu geben und sich am 10. Januar an einer finanzpolitischen Aussprache im Haushaltsausschuss zu beteiligen.

Es lasse sich noch nicht übersehen, wann die Beratung der Regierung über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abgeschlossen sein würde, und für die finanzpolitische Aussprache würde es von Wert sein, wenn die Vorbereitungen für den Haushaltsplan 1933 vorher abgeschlossen wären, die wiederum wegen der noch nicht feststehenden Einzelheiten der Arbeitsbeschaffung hätten zurückgestellt werden müssen. Minister Graf Schwerin v. Krosigk sieht deshalb keine Möglichkeit zu einer Beratung im Haushaltsausschuss vor der zweiten Januarsitzung.

Wie wir hören, hält jedoch der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Zörgler, an dem Ausschussbeschluss fest, daß am 10. Januar die finanzpolitische Debatte stattfinden soll. Auf der Tagesordnung des Ausschusses werden außerdem auch die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September, namentlich der Bestimmungen über die Steuergutscheine stehen.

Bericht über Genf

Neurath vor dem auswärtigen Ausschuss

RD. Berlin, 16. Dez. (Tel.) Im Reichstag trat am heutigen Freitagvormittag der auswärtige Ausschuss unter Vorsitz von Dr. Fric (NS.) zu seiner ersten Sitzung zusammen, um einen Bericht des Reichsaussenministers über die außenpolitische Lage, insbesondere über die Abrüstungsverhandlungen, entgegenzunehmen. Die deutschen Länder waren zahlreich vertreten und das Interesse der verschiedenen Reichsressorts ergab sich daraus, daß a. B. Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk, der Leiter der Luftfahrtabteilung im Reichswehrministerium und vom Reichswehrministerium Generalmajor Schönheinz an der Sitzung teilnahmen.

Der Reichsaussenminister ergriff sofort nach Eröffnung der Sitzung das Wort und berichtete zunächst ausführlich über die Verhandlungen und das Abkommen von Lausanne.

Aus dem Reichsrat

Verabschiedung des Stellvertretungsgesetzes und der sozialpolitischen Ermächtigung

Die Vollziehung des Reichsrats am Donnerstag leitete zum ersten Male der neue Reichsratsminister Dr. Bracht. Er stellte sich dem Reichsrat mit einer kurzen Ansprache vor, in der er ausführte:

„Mit meinem Amtsvorgänger verbindet mich nicht nur die gemeinsame Arbeit im letzten Reichskabinett, sondern vor allem auch die Überzeugung von der Bedeutung der deutschen Stämme und von der Notwendigkeit, die sich ergibt, das Eigenleben der Länder zu erhalten und zu pflegen. Gerade in diesen Zeiten politischer Hochspannung ist die Mitwirkung des Reichsrats von außerordentlicher Bedeutung und diese Bedeutung hat zugenommen in den letzten Jahren, als es im wichtigsten Organ des Reiches immer schwerer wurde, die ihm von der Reichsverfassung zugedachten Funktionen reibungslos und gedeihlich im vollen Umfang zu erfüllen. Ich betrachte es als meine Pflicht, gerade die Tradition des Reichsministers des Innern in der Pflege der Beziehungen der Reichsregierung zu den Ländern fortzusetzen, und ich sehe es namentlich als meine Pflicht an, Sorge zu tragen für eine rechtzeitige und möglichst ausgiebige Unterrichtung der Länderregierungen, über die ja immer gelegentlich gerne Klagen geführt wurden. Bei diesem Bestreben ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Reichsrat zu gewährleisten, bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.“

Der Reichsrat beschäftigte sich nach einer Entgegnung des preussischen Vertreters Dr. Bracht dann mit dem vom Reichstag beschlossenen Stellvertretungsgesetz. Gegen wenige Stimmen beschloß der Reichsrat, gegen dieses Initiativgesetz keinen Einspruch zu erheben.

Auch das vom Reichstag beschlossene Gesetz, das die sozialpolitische Ermächtigung der Reichsregierung in der Notverordnung vom 4. September wieder aufhebt, wurde mit der Aufgabe vom Reichsrat einstimmig verabschiedet, daß das Gesetz mit dem Tage der Verkündung in Kraft treten soll.

Zum Schluß kündigte Minister Dr. Bracht die nächste Vollziehung des Reichsrats für Dienstag nachmittags 5 Uhr an. Er fügte hinzu, er nehme an, daß bis dahin die Frage des Amneftengesetzes innerhalb des Reichsrats geklärt sei.

Kleine Chronik

Im Bahnhof Würzburg fuhr heute, Freitag morgen, ein D-Zug vor dem Einfahrtsignal, auf einen Güterzug auf. Es sind insgesamt 21 Personen leicht verletzt worden. Sie haben die Reise sämtlich sofort fortsetzen können.

Jungkommunisten veranstalteten heute, Freitag, in Köln Demonstrationen. Polizeibeamte wurden mit Pfeffersalzen bedroht. Mehrere Demonstranten wurden festgenommen. Zur Zeit dauern die Unruhen noch an.

Im Verfolger Sprengstoffprozeß verurteilte das Reichsgericht in Leipzig 7 Kommunisten zu 1 bis 3½ Jahren Zuchthaus.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es am Donnerstagabend zu schweren Tumulten. 25 Frauen von Erwerbslosen drangen in den Sitzungssaal und verlangten Brot und Winterkleidung für ihre Kinder.

Die Räumungsarbeiten im Gäßtunnel bei Luzern sind Mittwoch früh beendet worden. Die Gleise, sowie die Fahrleitungen sind wieder instandgesetzt. Der Betrieb nach allen Richtungen ist wieder aufgenommen worden.

Mitten im Geschäftsviertel der japanischen Hauptstadt Tokio brach in einem Hochhaus, dessen acht Stockwerke von Verkaufsläden eingenommen werden, ein furioses Feuer aus, das eine Panik unter Kunden und Verkäuferinnen verursachte. Militärfahrzeuge waren Rettungsgüter auf das Dach ab. Bis jetzt wurden acht Tote und mehr als 100 Verletzte aus den Flammen geborgen. Nach einer weiteren Meldung beträgt die Zahl der Todesopfer zehn. 50 Personen sind schwer verletzt worden. Der Brand ist gelöscht. Der Schaden wird auf fünf Millionen Yen geschätzt.

Der Schuldenschatz

Die gestrigen Zahlungen an Amerika

Im Ganzen sind am Donnerstag, 15. Dezember, wie aus Washington gemeldet wird, sechs Staaten ihren Verpflichtungen aus den Kriegsschulden nachgekommen, nämlich Großbritannien, Italien, die Tschechoslowakei, Finnland, Lettland und Litauen. Die von ihnen gezahlten Raten belaufen sich auf insgesamt 125 Millionen Dollar. Fünf Staaten, und zwar Frankreich, Belgien, Polen, Estland und Ungarn haben die am 15. Dezember fälligen Raten im ungefähren Gesamtbetrag von 25 Millionen Dollar nicht erlegt.

Wie ferner aus Washington gemeldet wird, hat die französische Zahlungsverweigerung dazu geführt, daß die Stimmung im Kongress über die Behandlung der britischen Kriegsschulden einmütiger wird. Wie verlautet, wird Senator Herrison, der ein führendes Mitglied der demokratischen Partei ist und vom 5. März ab den Vorsitz im Finanzausschuss übernehmen wird, schon in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf über die Herabsetzung der britischen Kriegsschulden einbringen. Dieser Vorschlag eines prominenten Mitgliedes der aus dem Wahlkampf siegreich hervorgegangenen Partei hat mehr Aussicht auf Annahme, als wenn Hoover dem Kongress die gleiche Maßnahme empfehlen würde. Roosevelt, der künftige Präsident, gilt als durchaus geneigt, den britischen Wünschen entgegenzukommen, sofern sich eine Neuregelung des Schuldenschatzes finden läßt, durch die nicht die gesamte Last auf die Schultern Amerikas abgewälzt werde.

Wie „Chicago Tribune“ meldet, hat Senator Kenneth Mac Kellar einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Vorkontierung der Länder, die ihre Schulden an Amerika nicht bezahlen, durch das amerikanische Konsulatswesen zum Ziele hat. Die Gebühr für ein Passivum an Amerikaner, die in solche Länder reisen wollen, soll nach dem Vorschlag 5000 Dollar betragen.

Wie aus Nordkarolina bekannt wird, hat sich dort eine Frauengruppe organisiert, die sich aller Reisen nach Frankreich solange enthalten will, bis die französische Schuldentilgung erfolgt.

RD. New York, 16. Dez. * Wie der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ meldet, soll Hoover einen britischen Vorschlag über eine geeignete Körperpflicht erwarten, die zu beauftragen sei, die Frage der Kriegsschulden zu studieren. Der Präsident werde diesen Vorschlag dann wahrscheinlich mit Roosevelt besprechen.

Die Regierungsfrage in Frankreich

Herriot hat den Auftrag zur Neubildung des Kabinetts abgelehnt. Mit der Bildung der Regierung ist darauf am Donnerstag der bisherige Innenminister des Kabinetts Herriot, Chaumemps, beauftragt worden. Er hat versucht, auch Herriot für das neue Kabinett zu gewinnen. Herriot blieb aber bei seiner Abgabe. Chaumemps hat bis nachts halb zwei Uhr mit Parlamentariern verhandelt, um die Aussichten einer Regierungsbildung zu klären. Wie Habas berichtet, bezog sich die Aussprache vor allem darauf, mit welchen Mitteln die neue Regierung der durch die Abstimmung der Kammer in der Schuldenfrage geschaffenen Lage begegnen könne.

Lohnabbau für das schweizerische Bundespersonal. In der Schlussabstimmung nahm der schweizerische Nationalrat das Gesetz über den Abbau der Bezüge des Bundespersonals mit 77 gegen 57 Stimmen, der Ständerat mit 29 Stimmen, ohne Gegenstimmen bei einigen Enthaltungen an.

Neuer Vorstoß gegen die Prohibition. Die Finanzkommission des amerikanischen Repräsentantenhauses hat am Donnerstag einem Gesetzentwurf ihre Zustimmung gegeben, der die Herstellung und den Verkauf von Bier mit einem Alkoholgehalt von 3,2 Prozent gestattet, und auch eine zweite Vorlage angenommen, die die Herstellung und den Verkauf von Wein — ohne jede Beschränkung des Alkoholgehalts — erlaubt.

Badischer Teil

Gehaltszahlung am 23. Dezember

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

** Um Wünschen aus der badischen Beamtenschaft und des badischen Einzelhandels entgegenzukommen, wird die zweite Hälfte des Dezembergehältes der badischen Staatsbeamten schon am 23. Dezember ausbezahlt werden. Nach Pressemitteilungen soll sich das Reichsfinanzministerium gegenüber Bayern bereit erklärt haben, die letzte Rate der im Dezember fälligen Steueranteile vor Weihnachten zu bezahlen. Eine derartige Mitteilung ist dem Lande Baden bisher nicht zugegangen. Das badische Finanzministerium wird vielmehr die frühere Gehaltszahlung mit badischen Mitteln durchführen müssen, wenn nicht das Reich, was inzwischen beantragt worden ist, auch die Steuerüberweisungen an Baden früher vollzieht.

Der Stand des freiwilligen Arbeitsdienstes in Südwestdeutschland

In Württemberg und Baden waren Ende November d. J. in freiwilligen Arbeitsdienst in 516 offenen und 168 geschlossenen Arbeitslagern insgesamt 21 387 junge Arbeitslose aller Berufsgruppen und Bevölkerungsschichten tätig.

Die männliche arbeitslose Jugend stellte mit fast 90 Prozent den Hauptanteil der Beschäftigten. Der Wirkungskreis der weiblichen Jugend im Rahmen des Arbeitsdienstes ist im wesentlichen auf die hauswirtschaftlichen Dienstleistungen in den Arbeitslagern und auf die Aufgaben beschränkt, die aus der Durchführung der Not- und Winterhilfe erwachsen. Der Anteil der weiblichen Arbeitslosen am Arbeitsdienst belief sich auf 2188 Personen, die in 68 offenen und 21 geschlossenen Arbeits- und Lebensgemeinschaften zusammengefaßt waren. Im übrigen geht die Art und Zahl der Arbeiten, für die der Arbeitsdienst eingesetzt ist, und die Zahl der Beschäftigten aus nachstehender Übersicht hervor.

Art der Arbeit	Zahl der Arbeiten überhaupt in v. S.	Zahl d. Beschäftigten überhaupt in v. S.
Bodenverbesserung	192	28,1
Siedlung	19	2,8
Verkehrsverbesserung	111	16,3
Erhaltung der Volksgesundheit	146	21,4
Forstarbeiten	87	12,8
Not- und Winterhilfe	89	13,0
Sonstige Arbeiten	38	5,8
zusammen	682	100,0

Staatsprüfung für das künstlerische Lehramt in Musik an Höheren Lehranstalten und Fachschulen

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Die nach Maßgabe der Verordnung des Ministers des Kultus und Unterrichts vom 3. Januar 1928 über das künstlerische Lehramt in Musik (Amtsblatt 1928, Seite 5) abzuhaltende Staatsprüfung findet im Oktober 1933 in Karlsruhe statt. Gesuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind unter Beifügung der geforderten Nachweise bis spätestens 1. März 1933 beim Unterrichtsministerium einzureichen.

Auf die Vorschriften des § 5 der Verordnung wird besonders aufmerksam gemacht. Der vom Bewerber abgegebene Lebenslauf soll den vollständigen Namen, den Tag und Ort der Geburt des Bewerbers, den Namen, Stand und Wohnort seines Vaters, die Schulbildung, sowie den Gang und Umfang der Fachstudien enthalten.

Es wird darauf hingewiesen, daß zur Zeit bereits eine große Anzahl geprüfter Anwärter zur Verfügung steht, während der Bedarf für die nächsten Jahre sehr gering ist. Daher können von den Bewerbern, welche im Jahre 1933 die Prüfung bestanden, voraussichtlich nur solche mit sehr guten Prüfungsergebnissen nach Ablegung des Vorbereitungsdienstes an den Höheren Schulen Verwendung finden, und zwar zunächst auch nur als freiwillige Hilfsarbeiter ohne Vergütung.

Betrügerische Stoffreisende

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Immer wieder treten, hauptsächlich in Landgemeinden, Stoffreisende auf, die Käufer auf betrügerische Weise schädigen. Sie zeigen zuerst Strümpfe oder Socken, das Paar zu 20 bis 40 Pf. vor, deren Wert aber höher ist, und nehmen dann Bestellungen entgegen. Hiermit täuschen sie den Besteller Illusionen ihrer Waren vor. Dann bieten sie angeblich englische Stoffe an, die sie bei sich führen. Sie erklären, die Stoffe seien von der Leipziger Messe und müßten billig abgesetzt werden, weil sie wegen des hohen Preises nicht mehr nach England zurückgeschickt werden könnten. Durch diese unwahren Angaben kommt ein Kauf zustande. Die Stoffe sind in der Regel minderwertig und haben nicht die angegebene Länge. Das Badische Landespolizeiamt warnt wiederholt vor diesen Betrügern, bei denen es sich meistens um Ausländer handelt. Gegebenenfalls wolle ihre Festnahme durch die Polizei oder Gendarmerie beantragt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Weihnachtspakete. Die Post hat umfassende Vorkehrungen für die schnelle und pünktliche Zuführung der Weihnachtssendungen an die Empfänger getroffen. Nach Möglichkeit werden die Pakete auch außerhalb der Schalterstunden ohne Einlieferungsgebühr angenommen; unter Vermehrung der Betriebsmittel und Zustellungsstärke werden sie mit gewohnter Pünktlichkeit zugestellt. Bei rechtzeitiger Auflieferung werden die Pakete stets zur gewünschten Zeit den Empfängern zugeführt. Wenn man verhindert ist, die Pakete selbst beim Postamt einzuliefern, gebe man sie dem Paketzusteller mit, und zwar kann das überall da geschehen, wo die Paketzustellung mit Fahrzeugen ausgeführt wird, die Schilder mit der Aufschrift „Annahme von Paketen“ tragen. Die Abholung der Pakete, für die eine Gebühr von 20 Pf. zu entrichten ist, kann auch durch Fernsprecher oder schriftlich beim Postamt bestellt werden. Postkarten oder einfache Briefe genügen hierfür; sie können unfrankiert in die Briefkasten gelegt oder den Zustellern mitgegeben werden.

Wegen Kontursverbrechens und Unterschlagung verurteilt. Nach dreitägiger Verhandlung verurteilte Donnerstagabend die Große Strafkammer Karlsruhe den Juwelenhändler Gustav Arthur Weisenbader aus Forstheim wegen Kontursverbrechens, Kontursvergehens, Betruges in drei Fällen, Unterschlagung und Untreue, wie vom Staatsanwalt beantragt, zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren, abzüglich acht Monaten Untersuchungshaft. In einzelnen Punkten der umfangreichen Anklage, die den Zusammenbruch der Juwelenhändler des Angeklagten behandelte, erfolgte Freisprechung mangels ausreichenden Beweises. Der Haftbefehl gegen den Angeklagten bleibt bestehen. Neben anderen Firmen wurde durch die Wechselbetrügereien des Angeklagten die Forstheimer Gewerbebank um rund 50 000 RM. geschädigt.

Zahlreiche Verkehrsverstöße wurden in den letzten Tagen wieder zur Anzeige gebracht, weil sie selbst die einfachsten Verkehrsregeln nicht beachteten und dadurch eine Verkehrsgefährdung darstellten.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Freitagmorgen: Tiefe Lagen hatten heute nacht infolge Ausstrahlung wieder Frost mit nachfolgender Nebelbildung, während die Schwarzwaldhöhen frostoffrei blieben. Das osteuropäische Hochdruckgebiet hält vorläufig noch den bei Island heranziehenden Zyklonen Stand, so daß vorläufig noch keine Änderung des bestehenden Witterungscharakters in Aussicht steht. **Vorausage:** Fortdauer der bestehenden Witterung, Hochschwarzwald anhaltend mild, tiefe Lagen Nachfröste mit Morgennebel.

Wasserstände: Waldshut 186 minus 2, Basel 19 minus 3, Rheinweiler 208 minus 16, Neßl 212 minus 3, Maxau 359 minus 4, Mannheim 222 minus 3, Caub 150 minus 6 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mosbach, 15. Dez. Entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts wurde in der heutigen Schwurgerichtssitzung der 19 Jahre alte ledige Anton Amend aus Gamburg (Amt Wertheim) wegen Vordes zum Tode verurteilt. Im September d. J. hatte er seine Geliebte, die 19jährige Rosa Gault, die von ihm ein Kind erwartete, aus einem Boot in die Tauber geworfen und sie solange unter Wasser gedrückt, bis sie ertrunken war.

Gengenbach, 15. Dez. Zu einer hld.-Meldung, die vom Einschreiben des ältesten badischen Försters Wilhelm Maier sprach, wird uns mitgeteilt, daß diese Notiz unrichtig ist. Herr Wilhelm Maier lebt und ist körperlich und geistig noch sehr rüstig. Die ihm von Behörden, Vereinen und Freunden anlässlich seines 90. Geburtstages gebrauchten Ehrungen erfreuten den alten Herrn aufs herzlichste. Falschlich Totgesagten prophezeit man gerade noch weiter ein langes Leben.

hd. Säckingen, 15. Dez. Am Donnerstagabend sind nun die vier am Säckinger Münsterraub Beteiligten in die Gefängnisse von Waldshut und Säckingen eingeliefert worden. Wie wir erfahren, sind sämtliche bei dem Raubzug auf das Münster entwandene Gegenstände in Brühl aufgefunden worden und dort sichergestellt. Sie dürften bald vom Kriminalwächter in Säckingen eingeliefert werden. Außer dem bereits vor 14 Tagen aufgefundenen Sylvester-Schrein und dem Dolch des heiligen Fridolin, wurden nun auch das am längsten gesuchte Rudolfskreuz und das Neßgewand beigebracht. Das Neßgewand ist nicht, wie zuerst gemeldet, zu einem Damenkleid zerstückelt worden; es ist vielmehr gänzlich unversehrt.

Handel und Wirtschaft

Börse und Geldmarkt

Die Börse war in dieser Woche ziemlich zurückhaltend, wenn die Tendenz im allgemeinen auch freundlich war. Die Zurückhaltung wurde noch verstärkt durch die französische Kabinettskrise, vor allem wegen der Möglichkeit der außenpolitischen Folgen, wenn man auch eine Wiederaufholung der deutschen Reparationsfrage praktisch für ausgeschlossen ansieht. Eine Stütze bot die feste Haltung der deutschen Werts im Ausland. Die Börse zeigte im allgemeinen beträchtliche Widerstandskraft, so daß die Kurse nur leicht nachgaben. Für einzelne Werte erhielt sich die Nachfrage, so für einen Teil der Montanpapiere. Der Rentenmarkt war ruhiger, aber weiter stetig.

Die Geldmärkte stehen unter dem Einfluß des Weihnachtsverkehrs, der erhöhte Anforderungen bringt. Das Wechselangebot ist ziemlich groß, doch steht ihm keine sonderliche Nachfrage gegenüber. Das Reich, das in den letzten Jahren fast regelmäßig im Dezember mit größerem Finanzbedarf hervortrat, wird diesmal wahrscheinlich ohne neuen Bankkredit auskommen, allerdings wohl nur infolge der Vorverlegung des Einkommensteuertermins. Dagegen ist für die ersten Monate des neuen Jahres mit größeren Anforderungen seitens der Reichskasse zu rechnen. Die Beanspruchung der Renten durch die Finanzierung der Steuergutschriften ist immer noch nicht erheblich. In der Distriktpolitik bleibt Reichsbankpräsident Lutzner hart, weil, wie er meint, wir eine Finanzspanne gegenüber dem Ausland mit Rücksicht auf unsere Devisenlage brauchen.

Der Londoner Feingoldpreis

Nach einer Bekanntmachung der Reichsbank (Statist. Abt.) vom 14. Dezember 1932 beträgt der Londoner Goldpreis am 14. Dezember 1932 für eine Unze Feingold 125 sh 6 d, in deutsche Währung nach dem Berliner Mittelfuß für ein englisches Pfund vom 14. Dezember 1932 mit 13,82 RM. umgerechnet 86,7205 RM., für ein Gramm Feingold demnach 48,4190 pence, in deutsche Währung umgerechnet 2,78813 RM.

Literarische Neuerscheinungen

Sport in der Winterjonne. 48 prächtige Tiefdruckbilder nach Aufnahmen von E. Meerkämper, Dabos. Einleitende Texte von Dr. G. Soet und Viktor Zwisch. Mit Illustrationen von Elsa Moeschlin. Ein hübscher Quartband, 4,80 RM. (Notapfel-Verlag, Erlenbach-Jülich und Leipzig.) — Mit diesem Kunstgefühl haben diese wunderbaren Aufnahmen, die der Kupferstichdruck prächtig wiedergibt, die bildhaften Momente aus allen Winterportarten eingefangen: Wintersport, das heißt Freude der Bewegung inmitten von strahlendem Licht und Schatten des Hochgebirges. Diese Freude strömt von den Bildern aus und wird befeuert durch einleitende Texte, die nicht von der Technik des Sports reden, sondern von seiner beglückenden und gesunden Wirkung auf Leib und Seele. — Das schöne, in jeder Hinsicht wohlgeplante und dabei doch billige Buch, ist auch für Geschenkzwecke sehr geeignet.

Die Flegeljahre. Eine pädagogische Kladerei von Univ.-Prof. Dr. W. Hoffmann. 48 S. 8°. (Neue Elternbibliothek Heft 6.) Kart. 1,80 RM. (W. G. Teubner, Leipzig.) — Im vorliegenden Buch stellt ein bekannter Jugendpsychologe — nicht theoretisierend, sondern aus dem praktischen Leben heraus — das für die Erziehung im Elternhaus Wichtigste leicht faßlich in fesselndem Plauderton und doch wissenschaftlich zuverlässig dar: Die Eigenart der Flegeljahre, die Folgerungen daraus für die Erziehungsaufgaben der Eltern, Charakterbildung und Anleitung zur Selbsterziehung, die Notwendigkeit von „Erziehungspausen“, Zeiten, die frei sind von Erziehungsmahnahmen und Bildungsarbeit, in denen der Jugendliche einmal ganz Jugendlichen sein darf, um daraus Kraft und Lebensfreudigkeit zu schöpfen. Das Buch wird Eltern und Lehrern helfen, und der Jugend den Weg ins Leben erleichtern.

Ernährung und Pflege des älteren Kindes. (Nach dem Säuglingsalter.) — Ein Leitfaden für Mütter und Pflegerinnen von Univ.-Prof. Dr. Leo Langstein. (4. erweiterte und überarbeitete Auflage. 100 Seiten, 21.—26. Tausend. Preis 1,50 RM. — Max Perles Verlag, Berlin-Schöneberg.) — Das Langstein'sche Buch zeigt den Eltern die Besonderheiten der Entwicklung und des Wachstums, die Zeichen der Gesundheit des Kindes und die Abweichungen vom normalen Zustand, es gibt Ratsschlüsse für die Pflege, Ernährung, Erziehung des Kleinkindes und die Krankheitsverläufe. Unter den gleichen Gesichtspunkten wird auch das ältere Kind behandelt. Die neue Auflage des Buches ist beträchtlich erweitert und auf Grund der neuesten wissenschaftlichen Forschungsergebnisse umgearbeitet. Das Buch sollte in keiner Familie, in der Kleinkinder sind, fehlen.

Dr. h. c. Ragnar Berg: Die Nährsalze. Gemeinverständliche Darstellung des Mineralstoffwechsels. (Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7191. Geb. 85 Pf., geb. 1,50 RM.) — Über Säuren und Basen, über Kalzium, Aufbaustoffe usw. ist vordem viel geschrieben worden. Ragnar Berg, der Gelehrte von internationalem Ruf auf dem Gebiete des Mineralstoffwechsels, stellt hier in einer leicht lesbaren Kladerei die Ergebnisse seiner langjährigen Forschungen zusammen. Damit ist ein Standardwerk geschaffen. Der außergewöhnliche Wert eines solchen Buches kommt dem Arzt, aber auch dem Laien zugute und gibt wichtige Hinweise zur richtigen, nicht einseitigen Ernährungsweise.

Luciano Magrini: Im Indien Brahmas und Gandhis. Über Volk, Land und Mahatma Gandhi. Aus dem Italienischen überetzt von Hofrat Franz Lattener-Lintenburg, mit vielen Bildern und einer Karte Indiens. (Großformat, Leinen 5,50 RM., Pergat-Verlag, Breslau.) — Es gibt zwar manche andere Bücher über Indien, doch wird man lange suchen müssen, bis man ein so spannendes und doch ernstzunehmendes Werk findet, wie dieses in seiner ganz glänzenden Überetzung durch Hofrat Franz Lattener. Die dem Werke außer einer Karte Indiens beigelegten Bilder sind nach charakteristischen Gesichtspunkten gut ausgewählt und verstärken den Eindruck des im Wort geschauten Indiens von einst und jetzt ganz erheblich. Da das große Werk trotz sorgfältiger Ausstattung in Leinen nur 5,50 RM. kostet, dürfte es jedem Deutschen, dem Indien mehr als ein geographischer Begriff ist und der Karakollen und avangawische Schicksalsverbundenheit auch mit diesem 820-Millionen-Volk zieht oder erkennen will, erschwänglich sein. Wer also Indien wirklich kennen lernen will, lese das Buch Magrini's: „Im Indien Brahmas und Gandhis“. Der Pergat-Verlag steht übrigens in Verhandlungen mit dem Autor wegen der deutschen Ausgabe seines Buches: „China von Heute“, das wohl genau so lebendig und bahnbrechend für die Erkenntnis Chinas sein wird, wie das Indienbuch für unser Wissen um das wahre Indien.

Raul Zipse: „Mit Hund zum Südpol“. Überzeugung aus dem Amerikanischen von Felix Beran. Das Jungens erzählende, Bd. 15. Mit 22 Abb. 270 Seiten. 8°. (In Leinen 3,80 RM., Drexel Fühli Verlag, Zürich.) — Zipse berichtet sich aufs Erzählen, so daß man vermeint, selbst mit den Expeditionsteil-

nehmern aus den Schneehütten zu reisen, um ergriffen einem der letzten Sonnenuntergänge vor dem Einsinken der langen Winternacht zuzusehen, diesem Sonnenuntergang mit seinem in andern Breitengraden unvorstellbaren Farbenpiel; oder sie bei ihren wissenschaftlichen oder hauswirtschaftlichen Obliegenheiten zu beobachten. Und wie läßt er einem Flugexpeditionen, Rettungsaktionen und das Eintreffen ängstlich erwarteter Funkprüche miterleben! Was einem den Jungen aber vor allem lieb macht, das ist ein frohmütiges, in seiner Selbstverständlichkeit geradezu vorbildliches Pflichtbewußtsein, das ganz abseits des allerhöchsten erzieherischen Einflusses auf junge Leser ausüben wird.

Ernst Kreidolf: Aus verunkelten Gärten. Mitropole von Adolf Frey. 16 farbige Bilder von Ernst Kreidolf. (Hübsch gebunden 7,50 RM., Notapfel-Verlag, Erlenbach-Jülich und Leipzig.) — Ernst Kreidolf wird 70 Jahre alt. In ihren Gärten, zugleich phantastischen und naturnahen Farben und Linien haben auch diese seine neuesten Schöpfungen — wieder zu Versen von Adolf Frey — etwas von unzerstörbarer Jugend; das Märchen scheint ihnen allen Heimat zu sein. Obwohl es eigentlich kein Kinderbuch ist, sind doch Kreidolf's Bilder auch hier wieder für Kinder ebenso verständlich und entzückend wie für Erwachsene. Jede Blumengestalt glitzert von verborgenem Leben, die Linien haben einen wunderbaren garten Schwung, die Farben sind in diesem neuen Buch ganz besonders rein und wahr.

Franz Herwig: „Tim und Clara.“ Roman. (Leinen 5 RM., ca. 380 Seiten. Vergat-Verlag, Breslau I.) — Franz Herwig hat in seinem letzten Roman mit unerbittlicher Offenheit, die nur dem ersten Dichter erlaubt ist, an dem Schicksal einer Ehe — nämlich zwischen Tim und Clara — die soziologische Entwicklung des innerlich beziehungslosen Großstadtmenschen, die er bereits in früheren Romanen darstellte, fortgeführt. Herwig zeichnet keine Figuren, die nur Gleichnis sein sollen, nein, Tim, der berühmte Brückenbauer und Chefingenieur, ist eine Gestalt unserer Tage, und Clara, das leibhaftige Produkt ihrer Erziehung und Umgebung, ist wie das gefesselte Leben, das den unterdrückten Sinn des Daseins auf dem falschen, weil maßlosen Wege zu erringen sucht.

Staatsanzeiger

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen. Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Tiefbauwesen beginnt

Montag, den 13. Februar 1933. Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 16. Januar 1933, mit den vorgeschriebenen Belegen beim Personalbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Lammstraße 19 hier, einzureichen.

Karlsruhe, den 15. Dezember 1932. Der Minister der Finanzen: J. B.: Sammet.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik. Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Maschinenwesen und in der Elektrotechnik beginnt

Montag, den 13. Februar 1933. Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 16. Januar 1933, mit den vorgeschriebenen Belegen beim Personalbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Lammstraße 19 hier, einzureichen.

Karlsruhe, den 14. Dezember 1932. Der Minister der Finanzen: J. B.: Sammet.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen. Die nächste Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen beginnt

Montag, den 13. Februar 1933. Die Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind spätestens bis Montag, den 16. Januar 1933, mit den vorgeschriebenen Belegen beim Personalbüro der Reichsbahndirektion Karlsruhe, Lammstraße 19 hier, einzureichen.

Karlsruhe, den 14. Dezember 1932. Der Minister der Finanzen: J. B.: Sammet.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Rurruhesetzungen usw. der planmäßigen Beamten. Aus dem Bereich des Justizministeriums. Planmäßige angestellt:

Justizwachmeister Franz Rüttele beim Amtsgericht Mannheim.

Verfetzt: Die Justizinspektoren Albert Zint bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst, Wilhelm Dauth beim Amtsgericht Karlsruhe zur Staatsanwaltschaft daselbst, die Justizsekretäre Adolf Schirmer beim Rotariat Durlach zum Rotariat Ettlingen, Ernst Metz beim Rotariat Ettlingen zum Rotariat Karlsruhe.



Badisches Landestheater

Samstag, den 17. Dez. 1932

Nachmittags

Stöpel

bummelt durch die Welt

Märchen von Karl Jenler

Regie: v. d. Trend

Dirigent: Ebbede

Mitwirkende:

Vertram, Frauendorfer,

Seiling, Bardusch, Fris,

Gebelein, O. Höder, Kratz,

meier, Reigner, Moerschel,

Schneider, S. Höder, Kuhne,

Wegner, S. Müller, P.

Müller, Brüter, Schön-

haller, Schulze, Hey, Kilian,

S. Lindemann, Mateo,

Peterjen

Anfang 15 Ende 17 1/2

Preise 0,40—2 RM.

Abends

*C12. Th.-Gem. 1101—1200

Zum erstenmal

Die endlose Straße

Ein Frontstück von Graff

und Hünke

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Baumbach, Brand, Dahlen,

Ernst, Gemmeke, Hierl, G.

Höder, Kienhöfer, Kloeble,

Kuhne, Kutz, Rehner, P.

Müller, S. Müller, Brüter,

Schönhaller, Schulze, v. d.

Trend, Ehret, Eich, Haag,

Saprecht, Sey, Lindemann,

Kilian, Peterjen

Anfang 20 Ende 22 1/2

Preise B (0,60—3,90 RM)

So. 18. 12. Nachm.: Stöpel

bummelt durch die Welt.

Abends: Cavalleria rusti-

cana. Hierauf: Der Pa-

joazzo. Im Konjerthaus:

Karlsruhe.

Weihnachts-Anzeiger 1932

Guten Radio-Empfang nur durch eine **gute Radio-Anlage**

BLAUPUNKT W 4000

4 Röhren - Dreikreis - Exponential - Empfänger mit absoluter Einknopfbedienung und Tonblende
Preis kompl. m. R. 231,90 RM.
dto. m. eingebaut. dynam. Lautsprech. 258,90 RM.

RADIO-

SPEZIALHAUS Ing. H. DUFFNER
MARKGRAFENSTRASSE 51 BEIM RONDELLPLATZ

Besuchen Sie meine ständige Radio-Ausstellung

BLAUPUNKT LW 2000

2 Röhren - Schirmgitter - Kombinationsempfänger mit eingebautem dynam. Lautsprecher, hervorragende Empfangsleistung
Preis komplett m. R. 159,50 RM.

Beliebte Weihnachts-Geschenke

 sind
Qualitäts-Bestecke
Näh- und Nagelpflege-Etuis
sämtliche Solinger Stahlwaren
M.130 aus den ältesten Fachgeschäften von Karlsruhe
GESCHW. SCHMID • P. SCHÄFER
Kaiserstraße 88 Erbprinzenstraße 22

Revolution

in der Photographie bedeutet die neue



Voigtländer BRILLANT

die Spiegelreflexkamera zu RM.

19,50

Photo-Stock

Kaiserstraße 89 und 221,
Bahnhofstraße 46
Fernruf 922,923. M.149

Noch nie so billig!



Damentaschen
Lederkoffer
Schulranzen
Schülermappen
Aktmappen
Musikmappen
Schreibmappen
Brieftaschen

nur im Spezialgeschäft für Lederwaren, Reiseartikel

G. DISCHINGER Kaiserstr. 105, zwischen Adler- und Kronenstraße • Tel. 2618
Eigene Werkstätte — stets Eingang von Neuheiten M.131

FÜR WEIHNACHTEN

bringen wir unser reichhaltiges Lager in kompletten Krippen und Einzelteilen zum Selbstbauen. Statuen, Kreuzfixe, Bilder, religiöse Bücher, Magnifikate, Meßbücher, schöne Literatur, Briefpapier, Kinderpost u. Erzählungsbücher zu bill. Preisen

M.140

JOS. DORER K.-G.

ERBPRINZENSTRASSE 19, TELEFON NR. 2815

Christbaum

Hörst auch du die leisen Stimmen aus den bunten Kerzlein dringen? die vergessenen Gebete aus den Tannenzweiglein fingen?

Hörst auch du das schüchternfrohe, helle Kinderlachen klingen?

Schaust auch du den stillen Engel mit den reinen, weißen Schwingen? ...

Schaust auch du dich selber wieder fern und fremd nur wie im Traume? Grüßt auch dich mit Märchenaugen deine Kindheit aus dem Baume? ...

Uda Christen

Ausstellung in guten Spielwaren

M.129

aller Art

SONDERABTEILUNGEN

TECHNIK IM SPIEL

Freielspiele - Puppenklinik

Illustrierter Weihnachtskatalog auf Verlangen kostenlos

F. Wilhelm Doering

AELTESTES SPIELWAREN-HAUS
Karlsruhe i. B., Ritterstraße, Ecke Zähringerstraße

14 kar.

M.133

Gold-Füllhalter

2,50, 3,50, 5,-, 7,50, 10,-, 13,50 RM.

Der durchsichtige Pelikan-Füllhalter • Der idealste Füllhalter der Gegenwart • Größte Auswahl bei

ROBERT KNAUSS, KARLSRUHE i. B.

Kaiserstraße 159, Ecke Ritterstraße

SCHIRMME

In den modernsten Ausführungen, in jeder Preislage

das praktische Geschenk

von

A. & H. KRETSCHMAR

nur Kaiserstraße 82a. M.145

Nützliche Weihnachtsgeschenke



Pfaff-Schrankmaschine

Pfaff-Nähmaschinen

In modernen Möbelausstattungen zu billigst gestellten Preisen

Nählampen • Näh-Motore
Zickzack-, Hohlraum- und Knopfloch-Apparate
Schreibmaschinen

Günstige Zahlungsbedingungen

Georg Mappes Karl-Friedrich-Straße 20.

Kleine praktische

Geschenke

in hübscher Verpackung

für Weihnachten!

LUDWIG ERHARDT

Papierhandlung

M.146

Erbprinzenstraße 27

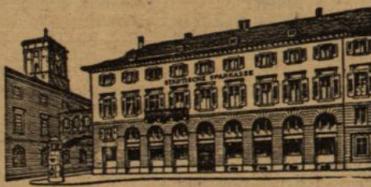
DAS SCHÖNSTE WEIHNACHTS-GESCHENK

ist ein

SPARBUCH

der

**STÄDT. SPARKASSE
KARLSRUHE**



Gegründet 1813

M.151

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der

**KARLSRUHER
ZEITUNG**

Nicht lange überlegen!

Das schönste Weihnachtsgeschenk

sind meine hübschen

Delikateß-Körbe

oder Präsentkisten schon von 5 RM. an oder eine herrliche

Weihnachts-Gans

Beides eine willkommene Überraschung

HANS KISSEL Feinkosthaus
Kaiserstraße 150



Druck G. Braun, Karlsruhe